Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten (abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal) 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Der Detail-Verkauf der Damenhut-Fabrik **J. M. Korschatz,** Hoflieferant Altmarkt 6
bietet in geschmackvoller Ausführung ungarnierte und garnierte Hüte nach eigenen, sowie Pariser, Londoner und Wiener Modellen.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 30 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Armee-Fussstreupulver „Pedelin"
Wirkung überraschend und angenehm. Bindet sofort den Geruch. Vertreibt den Schweiss nicht. Wundlaufen selbst bei grössten Strapazen unmöglich. Vollständig unschädlich. Ärztlich bestens empfohlen. In der Armee eingeführt. 1000 f. Anerk. Dose 50 Pfg., Paket 25 Pfg. Erhältlich in Drogerien, wo nicht, direkte Zus. f. 60 Pfg. in Briefmk. **Paul Schochert, Bischofswerda.**
Depot bei **Herm. Roch,** Altmarkt, und **Weigel & Zeeh,** Marienstrasse.

Grösstes Lager! **Garten-Schläuche** Gummi-Fabrik
Vorzüglichste Qualitäten zu Fabrikpreisen in schwarz oder roth Gummi, auch in Hanf und Hanf gummirt.
Wiederverkäufer und Gärtner Rabatt.
Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Wettinerstr. 26 Telephon 285.

Natürliche Mineralwässer
garantiert diesjährige Füllung, zu Originalpreisen, innerhalb der Stadt Franko Haus, nach auswärts unter billigster Berechnung der Verpackungsspesen.
Königl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Regenschirme in grösster Auswahl empfiehlt **C. A. Petschke, Wilsdruffer Strasse 17,** Prager Strasse 47 Amalienstrasse 6.

Nr. 128. Spiegel: Deutschland u. Oesterreich. Schauspielhaus-Interpellation. Kunstgewerbeausstellung. Schwedische Turner, Dresden als Wohnsitz, Landesverratsprozeß, Gewerbeverein Kaiserbesuch in Wien. | Mutmaßl. Witterung: Kühl, veränderlich. | **Freitag, 11. Mai 1906.**

Der Besuch Kaiser Wilhelms in Wien

wird schon jetzt, fast einen vollen Monat vor dem in Aussicht genommenen Termin, in der österreichischen deutschen Presse lebhaft kommentiert und löst Empfindungen aus, die in ihrer ungezwungenen natürlichen Herzlichkeit bezeichnend sind für die besondere Art des politischen Verhältnisses, das zwischen den beiden befreundeten und verbündeten Nachbarreichen obwaltet. Es ist mehr als bloße kalt berechnende Realpolitik, mehr als nüchterne Erwägungen des nackten Interesses, was die beiden mächtigen Monarchen in der schönen Kaiserstadt an der Donau zusammenführen wird. Die spontanen Ausbrüche herzlichen Wohlwollens und freundschaftlicher Gesinnung, die aus diesem Anlasse in der führenden Wiener Presse sich kundgeben, lassen keinen Zweifel darüber, daß das deutsch-österreichische Bündnis fest im Gemüte, in der Volksseele der beiden Nationen Wurzeln geschlagen hat und daß es auf solchem zuverlässigen Grunde heute noch wie ehedem unerschüttert dasteht, allen Quertreibereien von innen wie von außen her zum Trotz, ein kraftvolles Friedensbollwerk von nahezu unangreifbarer Stärke, so lange die zwei Kaiserreiche mit ihrer 100 Millionen-Bevölkerung in treu vereinter Wehr auf der europäischen Wacht stehen.

Die Genugtuung der Wiener Presse über die bevorstehende Monarchenzusammenkunft kommt in so tiefgründiger und zielbewußter Art zum Ausdruck, daß es schlechterdings unmöglich ist, die vom offiziösen Wiener „Fremdenblatt" in begreiflicher diplomatischer Vorsicht aufgestellte Fiktion, daß der Besuch keinen politischen Charakter habe, aufrecht zu erhalten. Das mag höchstens insoweit richtig sein, als es nicht einzelne politische Spezialfragen sind, die das Bedürfnis der Entrevue gezeitigt haben und die in Wien und Schönbrunn in unmittelbarer Aussprache der beiden Kaiser behandelt werden sollen. Doch selbst in diesem Punkte muß eine Einschränkung gemacht werden, weil immerhin ein gewisser Zusammenhang zwischen der Wiener Kaiserbegegnung und der Konferenz in Algeciras nicht zu verkennen ist. „Es kann nichts einleuchtender sein", meint die „N. Fr. Pr.", „als daß Kaiser Wilhelm nach dieser außerordentlichen Probe der Bundestreue Oesterreich-Ungarns und zumal nach der Enttäuschung, die ihm der andere Alliierte bereitet hatte, das Verlangen empfand, nicht nur in Telegrammen an unseren Kaiser und den Lenker unserer auswärtigen Politik seine Dankbarkeit zu bezeigen, sondern auch persönlich ihr einen demonstrativen Ausdruck zu geben. Hier ist das politische Motiv von dem menschlichen kaum zu trennen." In jedem Falle ist die allgemein-politische Bedeutung der Entrevue, auch wenn alle besonderen Fragen ausscheiden, weithin sichtbar. Sie besteht darin, daß, wie ein anderes Wiener Blatt sich ausdrückt, die Fürsten in diesem Falle nicht bloß ex officio die Sprecher ihrer miteinander verbündeten Staaten sind, sondern daß sie „durch sich und ihre eigene Person das Walten und Wollen des europäischen Schicksals versinnbildlichen, das im Wege tausendjähriger Entwicklung Deutschland und Oesterreich-Ungarn, die Hohenzollern und die Habsburger, einander so nahe gebracht hat."

In solchem Sinne wird denn auch die politische Wichtigkeit der bevorstehenden Kaiserzusammenkunft an maßgebender Berliner Stelle, wie österreichische Blätter sich von dort melden lassen, stark unterstrichen. Wenn Kaiser Wilhelm und Kaiser Franz Joseph am 6. Juni in Wien sich die Hand reichen, so wird das echt freundschaftliche persönliche Einvernehmen, womit das geschieht, ein wertvolles Unterpfand für die nicht minder herzlichen Bündnisbeziehungen sein, die beide Staaten und Völker verbinden. Der allgemeinen internationalen Lage kann ein solches feierliches Zeugnis für den unveränderten Fortbestand des deutsch-österreichischen Bundes nur ein beruhigendes und abdämpfendes Moment hinzufügen. Man wird die Hoffnung hegen dürfen, daß sich im Zusammenhange mit der Wiener Begegnung der allzu lebendige Eifer der Impresarii der „Allianz der Westmächte", die neuerdings wieder mit Hochdruck zu arbeiten scheinen, einigermaßen abschwächt, wenn sie sehen, daß ihre Isolierungsbestrebungen gegenüber Deutschland sowohl an der persönlichen Loyalität des Trägers der habsburgischen Kaiserkrone wie an den Beziehungen von Volk zu Volk, wie sie sich zwischen den beiden Nachbarreichen herausgebildet haben, eine unübersteigliche Schranke finden. Hier ist nichts Künstliches, nichts Gemachtes, wie es seinerzeit die englisch-französische Flottenverbrüderung in Brest und Portsmouth nur zu deutlich an sich trug, und wie es gleichfalls in unliebsamer Weise hervortritt, wenn in Paris der Präsident der demokratischen Republik und der Souverän der englischen Aristokratie die Hände ineinanderlegen, nicht weil aufrichtige Gefühle und natürliche Interessen sie verbinden, sondern lediglich, weil der gemeinsame Haß gegen das Deutsche Reich sie ohne den Zug des Herzens zueinander treibt. Das deutsch-österreichische Bündnis ruht auf anderem Grunde. Die belebende Seele des Verhältnisses zwischen Deutschland und Oesterreich bildet das gegenseitige Vertrauen, das Bewußtsein der beiderseitigen loyalen Absichten, die nur auf den Schutz der unzweifelhaften eigenen Rechte unter voller Achtung und Wahrung der berechtigten fremden Interessen und unter rückhaltloser Anerkennung des Lebensrechtes auch der übrigen Nationen gerichtet sind. Mit zwei solchen Staaten kann jede andere Macht, die nicht ihrerseits unlautere, kriegerische, eroberungssüchtige Ziele verfolgt, dauernd im Frieden leben; sie bedrohen niemand, aber sie sind in ihrer zusammengeschweißten imponierenden Machtfülle eine ernste, eindringliche Warnung für alle leichtfertigen und gewissenlosen Kriegshetzer à la Delcassé im westlichen Europa. Gerade dieses tiefinnerlich begründete gegenseitige Vertrauen der beiden Verbündeten aber ist die beste und sicherste Gewähr für die unbegrenzte Dauer der deutsch-österreichischen Freundschaft. Ein Bündnis, das nur auf den geschriebenen und formulierten Paragraphen beruht, über deren Bereich hinaus man sich nicht kennt und sich nicht zu unterstützen braucht, ist rasch gelockert und zerstoben, wenn der Ernstfall nachhaltige Prüfungen an die Treue der Verbündeten stellt. Wo aber, wie bei Deutschland und Oesterreich, der Geist des Vertrauens die tote Form belebt und durchdringt, da ist ein wahrer Völkerbund vorhanden, der selbst schweren Stürmen standhält. In dieser Gewißheit wird die Wiener Kaiserbegegnung den maßgebenden Teil der öffentlichen Meinung hüben wie drüben bestärken, und dasselbe Echo findet die Zusammenkunft auch bei dem in letzter Zeit allzuviel genannten Dritten im Bunde, dem Königreich Italien, dessen Offiziösen mit etwas süßsaurer Miene den friedenstärkenden Charakter einer engeren Verbindung zwischen Deutschland und Oesterreich betonen.

Die Schauspielhaus-Interpellation

der Freisinnigen im preußischen Abgeordnetenhause hat zwar irgendwelche Ausbeute an politischer Sensation nicht ergeben, wohl aber zeigte sich die Volksvertretung des führenden Bundesstaates in ihrer Gesamtheit von einer sehr ernsten, gedrückten Stimmung beherrscht, daß derartige fragwürdige Dinge, die den strengen Traditionen der altpreußischen Beamtenschaft so sehr zuwiderlaufen, überhaupt vorkommen konnten. Es handelt sich bei dieser unerquicklichen Affäre um zwei verschiedene Anklagepunkte, einmal darum, daß der Umbau des königlichen Schauspielhauses in Berlin eine ganz außergewöhnliche Etatsüberschreitung von insgesamt über eine Million Mark — Anschlagssumme 1 850 000 Mark, wirkliche Kosten 2 937 000 Mark — im Gefolge gehabt hat, und zum anderen darum, daß ein erheblicher Teil dieser Summe — nach der Behauptung der Interpellanten 800 000 Mark — lediglich aus dem höfischen Uebereifer des Hofbaurats und des General-Intendanten zu erklären sei, die zu allerhand gewaltsamen Mitteln gegriffen hätten, um dem Kaiser im Vorjahre vor Antritt seiner Mittelmeerreise das Schauspielhaus in „fertigem" Zustande vorführen zu können. Ehe noch die Wände und Fußböden gehörig ausgetrocknet waren, habe man die kostbaren Verkleidungen und Parkettierungen angelegt, und im Sommer habe dann wegen der zerstörenden Feuchtigkeit alles wieder abgerissen und von neuem hergestellt werden müssen.

Die Antwort des Finanzministers von Rheinbaben auf die Interpellation vermochte selbst die Rechte des Hauses nur in sehr bedingter Weise zu befriedigen. Selbst wenn man alles abzieht, was abziehbar ist, die üblichen Aufbauschungen und Uebertreibungen in der radikalen Presse, gewisse persönliche Rankünen gegen die schuldigen Persönlichkeiten und die agitatorische Vergrößerung derjenigen Summe, die für die „beschleunigte Fertigstellung" verwandt worden ist — nach den Angaben des Finanzministers soll sie „nur" 100 000 Mk. betragen —, so bleibt doch zweierlei bestehen: 1. die Tatsache, daß zwar „nicht bloß" deshalb, weil der Kaiser den Wunsch geäußert hatte, vor seiner Abreise den Umbau noch in Augenschein zu nehmen, aber doch mit aus diesem Grunde die angedeuteten verfehlten Experimente vorgenommen wurden; 2. der Mangel an staatlicher Kontrolle gegenüber der Bauleitung des Schauspielhauses, den auch Herr von Rheinbaben notgedrungen zugeben mußte und dem die kolossale Höhe der Gesamt-Mehrkosten zu verdanken ist. Es ist also wohl begreiflich, daß unter solchen Umständen von den Ausführungen des Finanzministers ein Verstimmungsniederschlag im Hause zurückblieb, der sich auch in den Reden der konservativen Sprecher beider Fraktionen deutlich bemerkbar machte. Der deutsch-konservative Abgeordnete von Arnim bemängelte insbesondere, daß die Staatsfinanzverwaltung nicht rechtzeitig von der Bauleitung über die voraussichtlichen Ueberschreitungen informiert worden sei, daß es also an der nötigen staatlichen Direktive der Bauleitung gefehlt habe, während der freikonservative Abgeordnete von Zedlitz die „gar zu wenig erfreulichen" Umstände der „beschleunigten Fertigstellung" unter die kritische Lupe nahm.

Symptomatisch für die Mißstimmung, die der Vorfall bis tief in die loyalsten Kreise hinein erzeugt hat, ist die Art, wie das führende konservative Organ zur Sache Stellung nimmt. Die „Kreuzztg." erklärt, es scharf verurteilen zu müssen, daß zwecks „beschleunigter Fertigstellung" selbst an Sonntagen, und sogar am Bußtage die Arbeit im Schauspielhause nicht geruht habe, weist darauf hin, daß aus derartigen Vorkommnissen nur die „Simplicissimus-Stimmung" neue Nahrung schöpfen könne, und wendet sich zum Schluß gegen die Bemerkung des Finanzministers, daß er „eine Verpflichtung der Staatsregierung, auf Preßangriffe zu antworten, in keiner Weise anerkenne", mit sehr deutlichen Worten. Das hochkonservative Organ erklärt, im vorliegenden Falle hätte die Regierung mit einer sofortigen Antwort nicht zurückhalten sollen. Kein Realpolitiker dürfe heute die Bedeutung der Presse unterschätzen, und die der inländischen sei durchaus nicht etwa geringer als die der ausländischen. Durch das Schweigen der Regierung sei lediglich übertriebenen Darstellungen der Boden geebnet, die ihre Wirkung sicher nicht verfehlt hätten. Man wird hiernach wohl annehmen dürfen, daß das preußische Abgeordnetenhaus künftig in Sachen der Etatsüberschreitungen eine schärfere Praxis walten läßt und der Regierung, die in dieser Sache nicht gerade glänzend abgeschnitten hat, mit stärkerem Mißtrauen als bisher auf die Finger sieht.

Frische und sterilisierte **Kinder-Milch** (Trocken-Fütterung)
Milchkur-Anstalt „Sanitas" H. Winkler, Kgl. Sächs. Hofl., nur Zwickauer Str. 7a.

Neueste Drahtmeldungen vom 10. Mai.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Beratung des Erbschaftssteuer-Gesetzes wird bei § 12 fortgesetzt. — Staatssekretär Freiherr v. Stengel erklärt namens der verbündeten Regierungen, daß sie den sozialdemokratischen Antrag auf Besteuerung auch der Erbanfälle an Gatten und Kinder aus den bereits bei der ersten Lesung und in der Kommission ausführlich dargelegten Gründen durchaus ablehnen. — Abg. Savigny (Zentr.) erklärt, für seine Person allein zu sprechen. Die von der Kommission beschlossenen Sätze der Erbschaftssteuer seien, insoweit sie von den größeren Erbanfällen erhoben werden, zu hoch. Wenn der Normalsatz von 4 bis 10 Prozent bei den Erbanfällen von 20 000 Mark ab vervielfacht werde, bei 150 000 Mark das Anderthalbfache, bei einer halben Million das Doppelte und bei einer Million und darüber das Zweieinhalbfache betragen solle, so beläuft sich gar in letzterem Falle die Steuer auf 25 Prozent. Das sei nicht mehr eine Abgabe, vielmehr eine Vermögenseinziehung. Redner befürwortet sodann 1. Freilassung der Ascendenten, 2. erhebliche Verminderung der Steuer für Geschwister, 3. Erhöhung der unteren Grenze für den Beginn der Vervielfachung, nämlich statt schon von 20 000 Mark an erst von 50 000 Mark an, wie dies auch in der Regierungsvorlage vorgeschlagen war, 4. gänzliche Umgestaltung des § 14 im Sinne einer geringeren Besteuerung der Zuwendungen an Kirchen und Stiftungen. — Abg. Westermann (natl.) befürwortet die Kommissionsbeschlüsse. Wenn man die Finanzen des Reiches sanieren wolle, könne man nicht bei den indirekten Steuern allein stehen bleiben. Die Kommission habe die Erbschaftssteuer so gestaltet, daß sie erträglich sei. Die Steuersätze seien freilich recht niedrig, aber Ehegatten und Kinder seien freigelassen, und die Erbanfälle an entfernte Verwandte seien ja eigentlich müheloser Gewinn. Durchaus gerechtfertigt sei die entgegenkommende steuerliche Behandlung der in ländlichen Immobilien bestehenden Erbanfälle. Redner wendet sich gegen die gestrigen Ausführungen Bernsteins über die soziale Gefahr großer Vermögen. Sicher sei doch, daß größere Vermögen namentlich auch das mit der ganzen Art des heutigen Gewerbebetriebes verbundene große Risiko besser zu tragen vermöchten. — Abg. v. Gerlach beantragt Einführung einer Nachlaßsteuer neben der Erbschaftssteuer. — Abg. Dietrich (kons.) bedauert, daß der Kommission nicht auch der Abg. Savigny angehört habe. Von den Vertretern des Zentrums in der Kommission habe man leider solche Anschauungen, wie Savigny sie geäußert habe, nicht vernommen. Wäre Abgeordneter Savigny in der Kommission gewesen, so wären vielleicht gar manche Abschwächungs-Anträge, die dort von den Konservativen eingebracht wurden, nicht gefallen. Die Ansicht Savignys und eines Teils des Zentrums, daß die Kommissionsbeschlüsse teilweise nicht mehr auf eine Erbschaftssteuer, sondern vielmehr auf eine Vermögenskonfiskation hinausliefen, werde geteilt von einem großen Teile seiner (des Redners) Freunde. Und eben dieser Teil sei denn auch außer stande, die Kommissionsbeschlüsse anzunehmen. Ihre Bedenken bezögen sich besonders auf die Gefahren dieser Steuer für den Grundbesitz. Eine hohe Erbschaftssteuer sei für diesen verderblicher, als eine hohe Einkommensteuer. Es sei ein nationales Unglück, wenn das Grundvermögen zu sehr mobilisiert werde. Die Erbschaftssteuer ziehe, zumal die hohen Sätze für entfernte Verwandte, eine starke Schuldenvermehrung für den Grundbesitz nach sich. Ein ferneres Hauptbedenken seiner Freunde bestehe darin, daß es nicht im Interesse eines gesunden Verhältnisses zwischen Reich und Einzelstaaten liege, wenn die Reichsgesetzgebung in dieses einzelstaatliche Steuergebiet eingreife. Ein Teil seiner Freunde werde allerdings den Kommissionsbeschlüssen zustimmen, und zwar in der Erkenntnis, daß die kleinen Bundesstaaten eine Erhöhung der Matrikularbeiträge nicht tragen könnten. (Beifall rechts.) — Abg. Wiemer (freis. Volksp.): Seine Freunde seien gegen das gegenwärtige System, die Reichsfinanzen auf indirekten Steuern aufzubauen, weil diese indirekten Steuern die schwachen Schultern belasteten. Sie begrüßten es darum mit Freuden, daß dieser erste Schritt zu direkten Reichssteuern unternommen werde. Eine Nachlaßsteuer würde wegen der Verschiedenheit einer Verteilung an Erben und wegen der Verschiedenheit der Verhältnisse der Erben unter Umständen ungerecht wirken. Der sozialdemokratische Antrag gehe zu weit, es werde damit nahezu schon die heutige Eigentumsordnung verlassen. Der Antrag laufe mit seinen hohen Sätzen schon auf eine Vermögenskonfiskation hinaus. Mit der Besteuerung auch der Deizendenten würden seine Freunde an und für sich allerdings einverstanden sein, aber sie wollten nicht Steuern auf Vorrat bewilligen. Sollte